

# Vossische



# Zeitung

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vorerst täglich "Unterhaltungsblatt".  
— Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeichbilder" und "Literarische Umschau".  
— Mittwoch: "Reise und Wanderung".  
— Donnerstag: "Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellstation. Bei Abwesenheit Gewehr oder Strick kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigepreise: am Ziele 35 Pfennig. Familien Anzeigen nach Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeiten für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein & Co. Berlin, Unter den Eichen 17.  
Redaktion: Ullstein & Co. Berlin, Unter den Eichen 17.  
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postabonnent-Zentrale Ullstein: Am Dönhofsplatz 17, 2600-2605.  
Für den Fernverkehr: Am Dönhofsplatz 2605-2608. Telegramm-Adresse: Ullstein, Berlin. Postcheckkonto Berlin 966.

## Räumungstermin wird eingehalten

### Erklärungen Briand's und Tardieu's

Paris, 22. März / Ullstein-Nachrichtendienst

Die Finanzkommission der Kammer hat heute Abend in ihrer abschließenden Sitzung das Abstimmungsgebet für den Young-Plan einstimmig gegen die allseitige Stimme des wackeren Abgeordneten Mandel angenommen. Dem Votum ging eine mehrstündige gemeinsame Beratung der Finanzkommission und der auswärtigen Kommission voraus, in der wiederum Tardieu, Briand und Reynaud zur Berichterstattung in erlesenen Worten.

Von besonderem Interesse war dabei eine kurze Kontroverse über das Datum der Abfindung. Der Abg. Franklin-Bouillon warf die Frage auf, ob das Abfindungswort bis zum 30. Juni gedrückt werden würde. Sofort interessierte die Vp. Mandel und erinnerte unter ausführlichen Zitaten aus dem "Journal Officiel" daran, daß der jetzige Finanzminister Reynaud noch im Dezember des letzten Jahres in der Kammer erklärt hat, er werde nicht für den Young-Plan und die Abfindung stimmen, solange die Arbeitsbedingungen nicht gänzlich reorganisiert seien.

Reynaud versuchte in persönlicher Verlegenheit seine damaligen Ausführungen zu berichtigen. Er habe lediglich sagen wollen, daß er nur dann für den Young-Plan und die Räumung stimmen könne, wenn die Mobilisierung der ungezügelt wüthenden Zahlungen gestoppt sei. Dies ist heute der Fall. Auch die Sanierung der deutschen Finanzen lieg im Gange.

Auf die wiederholte Frage Franklin-Bouillon's nach dem Räumungstermin erklärte Briand klar und deutlich: "Zweifel, ob und wann, sind gänzlich fern." Bis zum 30. Juni auf jeden Fall gedrückt sein. Der Ministerpräsident Tardieu befragte diese Erklärung aufs formelle.

Auf eine Frage des sozialistischen Abgeordneten Gramsch, ob an diesem Datum die Räumung auch wirklich vollzogen sein würde, antwortete Tardieu: "Die Frage, ob die Räumung am 30. Juni beendet sein werde oder ob man an diesem Tage noch irgendwelche Abwindungsstrategien in Abfindung lassen müsse, sei eine Frage internationaler Höflichkeit. Frankreich habe alle Interessen daran, die Räumung je früher und je vollständiger wie nur möglich zu vollziehen. Es habe keinen Zweck daran, irgendein je schillerndes, wenn es überhaupt aus der Räumung eine materialien Gewinn davontragen könne."

Unter diesen Umständen, erklärte der Abg. Franklin-Bouillon, sei es ihm unmöglich, für den Young-Plan zu stimmen. Auch der Abg. Mandel ironisierte erklärt, daß er die Lösung des Reparationsproblems durch den Young-Plan ablehnen müsse. Tardieu war dem besten Opponenten die energische Frage entgegen, wie denn zu tun gedächte, wenn der Young-Plan zu Fall käme. Mandel: "Wir bleiben einfach beim Dawes-Plan." Tardieu gab dagegen zu bedenken, daß dies unmöglich sei; denn wenn jetzt der Young-Plan scheiterte, entfielen die bereits im Budget eingeplanten Einnahmen französisch aus der ersten zu verfügbaren Quelle der ungezügelt wüthenden Zahlungen. Die Kammer müßte daher neue Steuern vorsehen.  
(siehe auch zweite Seite)

Paris, 22. März / Ullstein-Nachrichtendienst

Außenminister Briand hat heute den deutschen Botschafter in Paris, v. Borch, zu einer längeren Unterredung über die künftigen Angelegenheiten mit dem Reichsminister der Finanzen empfangen. Nach der englischen Botschafter, Lord D'Almeida, sprach heute am Dniel D'Orsay vor, um mit Briand über das Fiktionszinsproblem zu verhandeln. Endlich erklärte auch der spanische Außenminister, Dersog von Alva, der zusammen mit dem Botschafter Quiñones de Leon, zum Frühstück am Dniel D'Orsay blieb.

## Bolschewismus

von  
Georg Bernhard

Zu dem unerbittlichen Befristungs dieser Tage gehört die übertriebene Angst vor dem Bolschewismus. Hinter allen Vorgängen wittert man Moskau. Bei jedem Stauwall, den man an sich erblickt, scharf beläpft, denkt man bereits an den Beginn der Zusammenrottung der belächelten Ordnung. Die Beschäftigung der Arbeiter durch den Bolschewismus mit Veremias, immer befehlenden Vorbild, aufnehmen, sollte man daran erinnern, daß auch diejenigen ihrer Abglieder sich als grundlos erwiesen, die sie in einer Zeit ankümmen, wo die Gefahr unendlich näher liegt. Wenn man bedenkt, wie es vor zehn, noch vor acht Jahren in Deutschland ausfiel, und wie gerade damals an dem gelunden Sinn der großen Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse alle Verhältnisse überdauert, den Terror auf beidseitigen Boden zu verdrängen, so kann man nicht glauben, daß heute gerade in dem Augenblick, da sich wirtschaftlich und politisch wühlend die Verdrängung andauert, der bolschewistische Spud in Deutschland ernstliches Unheil anrichten könnte. Noch jüngst hat im Verrental in Berlin eine Verammlung von Rotoborn der Bolschewistischen Parteien stattgefunden, die über die Frage der Bekämpfung der bolschewistischen Bewegung beriet. Die Berichte über diese Verammlung stimmen alle nur darin überein, daß ein großer Teil der Interessierten bis in die amte Märzmonate ausbarste. Aber was in diesen vielen Stunden debattiert und vorgeeschlagen wurde, darüber geht die Berichter über den Quellen, aus denen sie stammen, völlig auseinander. Bedeutend wäre es, wenn sich als richtig erweisen könnte, was einige Quellen fürwahr als Resultat ein neuer Kampfbund der Industrie (man schätzt die mutmaßliche Höhe auf 10 Millionen Mark) gefasst werden sollte. Abgesehen davon, daß es in der Defensivität keinen guten Eindruck macht, wenn die Industrie, die zu einem Teil mit guten Recht über den Kapitalismus durch die steuerliche Belastung liegt, erhebliche Summen zum Ziel aus den Taschen ihrer Aktionäre wieder zur Verfügung folgend sammelt, werden bezweifeln, deren Inhalt bisher in Deutschland noch niemals produktiv verwendet worden ist. In erster Linie wurden aus solchen Mitteln immer Spandier befolgt, die ein ihre Darlehenberechtigung zu erweitern, die Gefahr als groß und dauernd hinzuhalten mußten. Und bei Licht blickt dagegen solche Sachen immer mit der Bekämpfung unbehaglicher politischer Forderungen genest. Man kann jetzt zudem mit Recht daran zweifeln, daß die Sammlung von Industrienäher zur Bekämpfung des Bolschewismus sich nicht recht mit der Aufgabe vereinbaren läßt, daß mindestens bis vor kurzem die dem Kapitalismus alle gefährlicher rechtsbolschewistische Agitation der Nationalsozialisten von gewissen Industriellen finanziell unterstützt worden ist.

Man hat versucht, die Front derjenigen mit geistigen Orientierungen zu verzerren, die auch diese Gelegenheit nicht entgehen lassen wollten, unter dem Deckmantel, den Bolschewismus zu bekämpfen, gegen den neuen Staat mobilisierungen zu tätigen, gegen den neuen Staat mobilisierungen. Die Tatsache, daß der Reichstag über diese Angelegenheit gefasst und nur kurzum erst die Wahlen gegen die Moskauer Gruppe hat lesen lassen, hat manchmal Hoffnung gegeben, daß die große sozialistische Welt-Organisation für einen gewissenmaßen Kampfbund zu haben sein werde. Die Abgabe des Erzbischofs Faulhaber an den Stahlnahm hat die beste Interpretation des wahren Sinnes gegeben, in dem der Botschafter den Kampf für seinen Glauben und gegen die Weltregierung geführt hat. In seinen Worten über diese Angelegenheit hat er sie zu lesen wußten. Die katholische Kirche hat zum wenigsten nie gegen das wehr, was mindestens bis vor kurzem in Moskau vor sich gegangen ist. Aber niemand weiß auch besser als die katholischen Vorkämpfer, daß die Brutalität, mit der die Arbeiterbewegungen in Russland behandelt werden sind, zu den vielen Verletzungen gehört, denen im Verlauf der Sozialistischen Revolution aller Art ausgesetzt wurden, wenn sie geschehen sind. Kritiker, deren Folgen diese ausgemacht werden durch die Schmach der Menschen aller Völker und aller Zeiten, die härter ist als die Macht der Diktatoren, mögen sie nun im Namen eines taiferlichen Regimes, einer Demokratie oder einer Volkswirtschaft sprechen. Was in Russland gescheh, ähnelt ja doch seinem Prinzip übertriebene Auf-

## Vorschuß auf die Kreuger-Anleihe

### Günstiger Abschluß der Verhandlungen

Das Reichsfinanzministerium hat, wie wir erfahren, vor einiger Zeit Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankfirma eingeleitet, die die Veranschlagung der Kreugeranleihe zum Ziele haben. Die Verhandlungen lie bereits soweit gediehen, daß der endgültige Abschluß unmittelbar bevorsteht. An den Verhandlungen war Reichsfinanzpräsident Dr. Schmidt in hervorragender Weise beteiligt. In zuführender deutscher Stelle betrautet man die in Aussicht genommenen Bedingungen in der Selbstverpflichtung als recht günstig und der gesammten Verfassung der internationalen Weltmärkte durchaus entsprechend. In den Bedingungen kommt die Stärkung des Vertrauens zum Ausdruck, das die internationale Finanzwelt dem Deutschen Reich wieder entgegenbringt.

Die Kreuger-Anleihe bildet befanntlich einen Bestandteil des mit dem kaiserlichen Finanzminister 3000 Kreuger abgeschlossen Monopolvertrages. Es handelt sich um einen Betrag von 500

Mill. RM, die dem Reich für den Fall der Restfinanzierung des Young-Plans auf drei beteiligten Mächte in zwei Raten und zwar 200 Mill. am 31. August und 300 Mill. am 31. März 1931 in Form einer langfristigen Anleihe zur Verfügung zu stellen sind.

Die Erfüllung dieser Beträge auf dem Wege der Veranschlagung hat den Anfang an auf dem Finanzprogramm der Regierung gefunden. Wenn der Reichstempel zur Anleihe gelangt, heißt es nicht bedauerlich. Denn die Höhe der Reichsfinanzministerium allen Aufwände noch nicht. Schonfalls ist noch ein offizielles Mitteilung die Finanzierung des Darlehens zum letzten Mal, das die einjährigen Reichsfinanzanforderungen mit vollständig am 18. Januar, 15. Februar und 18. März 1931 gefunden haben. Durch die neue Anleihe-Konvention hat das Reich seine Sorge getragen, daß auch danach Kassensätze nicht mehr zu befürchten sind.

## Refordfahrt der „Europa“

An Bord „Europa“, 22. März

Die „Europa“ ist auf dem besten Wege, den Reford ihrer Schiffschiffeligen „Bremen“ zu treffen und das Ganze nach dem Ozean an ihren eigenen Bug zu ziehen. Diese mittig wurde für den zweiten Tag der Refordreise von Gherburg bis zur Nordsee Feuerlicht eine zurückgelassene Entfernung von 703 Seemeilen durchgeführt, während die „Bremen“ jetzigen am zweiten Tage ihrer Refordreise nur 687 Seemeilen erreichte. Da das Wetter weiterhin herzlich ist — nur kurze Stünne wurden —, hoffen wir, den „Bremen“-Reford an ein paar Stunden beiden zu übersetzen.

Das würde aber durchaus noch nicht die Maximallänge sein, denn die „Europa“ läßt sich über die Nordsee hinaus bis nach den drei „Bremen“ etwas überlegen. Es werden auf dieser ersten Fahrt überhaupt noch nicht vollangegedehnten werden. 2000 PS werden genügt in der Refordere bleiben.

## Diskonfentung auf 5 Prozent

Der Zentralausfchuh der Reichsbank ist für Montag, den 24. März, 11 Uhr vormittags, einberufen worden. Es handelt sich um die Diskonfentung über die Diskonfentungsumfänge von 1/2 Prozent auf 5 Prozent.